

**Gemeindliche
Selbstverwaltung –
Realität oder ein
Trugbild!?**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Nach Art. 28 unseres Grundgesetzes muss den Gemeinden das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Unsere Landesverfassung spricht den Gemeinden im Art. 78 den Status einer Gebietskörperschaft mit dem Recht der Selbstverwaltung durch ihre gewählten Organe zu.

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen führt im § 15 aus, dass das Gebiet jeder Gemeinde so bemessen sein soll, dass die örtliche Verbundenheit der Einwohner gewahrt und die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

Betrachtet man die Realität, wird man mit ernüchternden Zahlen konfrontiert:

Von 427 Kommunen in Nordrhein-Westfalen können nur noch 39 = 9,1 % einen echten Haushaltsausgleich vorweisen; das heißt, in diesen Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden sind die Einnahmen eines Jahres höher als die Ausgaben.

281 Kommunen haben einen sogenannten fiktiv ausgeglichenen Haushalt auf der Basis der Inanspruchnahme der durch das Neue Kommunale Finanzmanagement erschlossenen Möglichkeit der Ausgleichsrücklage.

38 Kommunen leben mit einer genehmigten Verringerung des Eigenkapitals. In 63 Kommunen muss der Begriff Haushaltskonsolidierungsgemeinde angewandt werden, davon 13 mit genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzepten, 50 mit nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzepten, darunter 17 Kommunen mit bereits eingetretener bzw. drohender Überschuldung im Finanzplanungszeitraum.

Finanzlage Bund, Länder und Kommunen

Bund und Länder haben nicht wie Kommunen die gesetzliche Pflicht ausgeglichene Haushalte vorzulegen; sie haben selbstverständlich die Pflicht, finanzmäßig angemessen und verantwortungsvoll zu handeln – aber unter völlig anderen Rahmenbedingungen.

Die geplante sogenannte Schuldenbremse soll auch für Bund und Länder einschränkende Regelungen schaffen. Es wird abzuwarten sein, was bei diesem Vorhaben wieder einmal zu Lasten der Kommunen, als schwächstem Glied der Kette, gehen wird.

Der Bund hat Schulden von über 1 Billion Euro. Die 16 Bundesländer liegen bei ca. 500 Milliarden Euro, Nordrhein-Westfalen bei ca. 130 Milliarden Euro und alle Kommunen bei ca. 115,8 Milliarden Euro. Die sogenannten Memorandumsstädte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes bei 10,4 Milliarden Euro Kassenkrediten - als Teil der bundesweiten Kassenkredite von 33,8 Milliarden Euro.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, passiert ein kleines Wunder – hoffentlich auch in den Auswirkungen für die gebeutelten Kommunen:

Der Bund hat auf der Grundlage eines Kabinettsbeschlusses vom 24.02.2010 eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzierung einberufen, die erstmalig am 04.03.2010 getagt hat. Insbesondere ihre Arbeitsziele

- Lösungsvorschläge zu den dringenden Problemen des kommunalen Finanzsystems**
- und**
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung**

lassen aufmerken.

Erstmalig sitzen die Vertreterinnen und Vertreter unserer kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) mit am Tisch, an dem kommunale Fragen und Probleme behandelt werden sollen.

Diese kommunalen Spitzenvertreterinnen und -vertreter haben auch ihre Meinung zu einer Grundsatzfrage bereits klar geäußert:

Eine Bedingung, dass es keine Lastenverschiebung zwischen dem Bund auf der einen und den Ländern und Kommunen auf der anderen Seite geben soll, ist nicht lösungsorientiert, da hiermit bereits im Vorfeld eine Lösung der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen verhindert wird.

Bei allen Diskussionen und Planungen müssen folgende Eckpunkte unbedingt beachtet werden:

- In diesem Jahr steuern die Kommunen einem Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro entgegen. Das wäre fast die Hälfte mehr als das Defizit von 8,4 Milliarden Euro in der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise im Jahr 2003. Auch in Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet.**

- Die kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen betragen inzwischen 33,8 Milliarden Euro. Sie sind damit allein in den ersten 3 Quartalen des Jahres 2009 um mehr als 4 Milliarden Euro gestiegen. Notleidende Städte brauchen diese Kredite regelmäßig, weil sie mehr Aufgaben erfüllen müssen, als die Einnahmen hergeben – so auch in Oberhausen.

- Bund, Länder und Kommunen hatten 2009 erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen um gut 10 % mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Besonders stark stürzten dabei die Gewerbesteuererinnahmen ab um 17,4 %. Viele Städte erlitten dramatische Verluste von mehr als 40 %.

- Nach wie vor müssen arme Städte notgedrungen kreditfinanziert ihre Beiträge in den Fonds Deutsche Einheit einzahlen und treiben u. a. dadurch ihre Verschuldung in die Höhe.

In Oberhausen machen diese Beiträge rund 16 % unserer gesamten Kassenkredite aus.

- **Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro und damit beinahe um doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. 2010 wird ein weiterer Anstieg um fast 2 Milliarden Euro erwartet.**

Gut, dass der Bund erkannt hat, dass es Kommunen gibt, und zwar auch solche, die schwere existenzielle Probleme haben, die – falls keine Besserung eintritt – geradewegs in eine gespaltene Gesellschaft, mit all ihren sozialen Verwerfungen, führen werden.

Klar ist aber auch, dass nach unseren Verfassungsnormen das Land die erste Anlauf- und Verantwortungsstelle für die kommunale Welt ist. Von daher sehen wir mit großen Erwartungen auch der Arbeit der von der Landesregierung NRW eingesetzten Gemeindefinanzkommission entgegen:

Ihre Arbeitsergebnisse wird man an der Aussage des Ministerpräsidenten „Die Kommission sei ein bedeutender Schritt, um die Finanzen der kommunalen Haushalte zu verbessern“ messen.

Memorandumsstädte

Und damit, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, bin ich beim Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – lasst den Städten ihre Würde“.

Es gibt neben ganz wenigen anderen Regionen in der Bundesrepublik Deutschland eine Region in der „Land unter“ droht. Ich spreche von den sogenannten Memorandumsstädten, den Städten des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes, in denen über 4,5 Millionen Menschen wohnen und arbeiten.

Diese 5,9 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland tragen 32,9 % der gesamten Kassenkredite dieses Staates; in Euro ausgedrückt 10,4 Milliarden.

Allein diese Zahlen untermauern die einzigartige Strukturschwäche einer ganzen Region, aber sie sind noch ergänzbar:

Alle deutschen Gemeinden erzielten in 2008 einen Überschuss von 100 Euro pro Einwohner/in. Die Memorandumsstädte einen Verlust von 155 Euro pro Einwohner/in.

Die Memorandumsstädte tragen überproportionale Last bei sozialen Leistungen:

◆ **Im Jahr 2000**

in NRW	ca. 225,-- Euro.
in den Memorandumsstädten	ca. 315,-- Euro
pro Einwohner/in.	

◆ **Im Jahr 2008**

in NRW	ca. 300,-- Euro
in den Memorandumsstädten	ca. 465,-- Euro
pro Einwohner/in.	

An diesen wenigen Zahlen – viele wären noch hinzufüßbar – wird mehr als deutlich, dass das Wort von der „hausgemachten Finanzmisere“ in diesen Zusammenhängen wirklich nicht angebracht ist.

Wir fordern deshalb klare Linien für die Zukunft:

Entweder Aufgabenbeibehalt und Mehreinnahmen oder Einnahmenbeibehalt und Aufgabenreduzierung.

Also endlich eine aufgabengerechte Finanzausstattung als Grundvoraussetzung für alle weiteren Forderungen und eigenen Verpflichtungen, wie

- **Altschuldenentlastung**
- **Klare Regeln zur Begrenzung bzw. Vermeidung von Kassenkrediten.**
- **Unabhängige Haushaltsaufsicht als Anwalt und gleichzeitig Kontrolleur der Kommunen.**
- **Bei neuer Verschuldung über eine gesicherte Finanzausstattung hinaus, Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft der jeweiligen Kommune an deren Abdeckung.**

**Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
nun zurück nach Oberhausen.**

Jahresabschluss 2009

Der vorläufige, nur noch marginale Korrekturen erfordernde, Jahresabschluss 2009 weist in der Ergebnisrechnung ein Jahresergebnis von minus 126,5 Mio. EUR aus; gegenüber der Planung von minus 114,5 Mio. EUR eine Verschlechterung von ca. 12 Mio. EUR.

Diese Summe relativiert sich allerdings, wenn man die der Finanzkrise geschuldeten und nicht selbst verursachten Ertragsverschlechterungen 2009

Gewerbsteuer	minus	28,5 Mio. EUR
Gemeindeanteil an der EK-Steuer	minus	6,5 Mio. EUR
Schlüsselzuweisungen	minus	5,0 Mio. EUR
Anderes	minus	<u>1,1 Mio. EUR</u>
zusammen	minus	41,1 Mio. EUR

berücksichtigt.

Selbst bei Gegenrechnung der Verbesserungen

Zinsen	minus	13,6 Mio. EUR
Gewerbsteuerumlage	minus	2,1 Mio. EUR
Anderes	minus	<u>4,3 Mio. EUR</u>
zusammen	minus	20,0 Mio. EUR
ergibt sich eine saldierte Mindereinnahme von zusammen		21,1 Mio. EUR

Von daher ist im Hinblick auf diese widrigen, von außen verursachten Verschlechterungen festzuhalten, dass davon noch fast 10 Mio. EUR aufgefangen werden konnten.

Aus der Finanzrechnung, also der Rechnung, die die tatsächlichen Finanzflüsse hinsichtlich Einzahlungen und Auszahlungen abbildet, sind Planung und Ergebnis im Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 84,3 Mio. EUR zu 84,4 Mio. EUR fast identisch. Auch dies trotz der bereits erwähnten katastrophalen Einnahmeverluste.

Berücksichtigt man dann noch den Saldo aus der Investitionstätigkeit, ergibt sich ein Finanzmittelfehlbetrag von 77 Mio. EUR; zur Planung also eine Verbesserung von 11,1 Mio. EUR.

Sowohl dieser Finanzmittelfehlbetrag von rd. 77 Mio. EUR als auch der aus der Aufnahme und Tilgung von Darlehen per Saldo entstehende Fehlbetrag von rd. 16,5 Mio. EUR (mithin 93,5 Mio. EUR) werden durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert.

Deren Umfang lag am 31.12.2009 bei 104,6 Mio. EUR (im Vergleich zu 156,5 Mio. EUR im Jahre 2006).

Haushalts- sicherungs- konzepte

Nach vielen Sparrunden seit 1986 markierten die Haushaltssicherungskonzepte 2008 und 2009 mit einem Gesamtvolumen von 230 Mio. EUR in 4 Jahren für viele Bereiche der Stadt Oberhausen nochmals einen gewaltigen Sparschritt.

Damit ist in etlichen Feldern kommunaler Aufgabenerfüllung in Oberhausen ein Limit erreicht, an dem man sich verantwortungsvoll fragen muss:

Was erreiche ich mit Sparen und was zerstöre ich mit Sparen?

Dennoch sollen mit dem Haushaltssicherungskonzept 2010 – das einfach nicht mehr das Volumen der vorherigen Haushaltskonsolidierungskonzepte haben kann – weitere fast 10 Mio. EUR für die Jahre 2011 bis 2014 eingespart werden, plus der sich ergebenden Einsparungen aus der Anpassung von Infrastruktur und Aufgabenerfüllung durch die demographische Entwicklung.

Ich bin sicher, dass auch die interkommunal angestrebten Verabredungen zur Zusammenarbeit weitere Konsolidierungspotenziale schaffen werden. Oberhausen hat bereits in der Vergangenheit dieses Instrument genutzt; ich verweise hier auf Punkt 3.41 des vorgelegten Haushaltssicherungskonzeptes.

Darüber hinaus werden wir in einer systematisch angelegten Aktion, gemeinsam mit allen Verwaltungsbereichen das gesamte Aufgabenspektrum unserer Verwaltung im Hinblick auf mögliche interkommunale Kooperationen erfassen und prüfen. Wir planen danach offensiv mit unseren Erkenntnissen auf andere Kommunen zuzugehen.

Die Prüfung und Auswertung der Haushaltskonsolidierungskonzepte der Städte die sich in ähnlicher Lage wie Oberhausen befinden werden konsequent betrieben. Hier ist allerdings immer zwischen geplanten und tatsächlich beschlossenen Maßnahmen zu unterscheiden. Bei entsprechender Sinnhaftigkeit werden wir immer ein Verfechter des Prinzips „Lernen vom Besten“ sein.

Oberhausen, ein besonders umtriebiger Nicht-sparer und Geldausgeber?

Jeder, der Verantwortung für eine Stadt trägt, will in der Regel das Beste für sie, ihre Menschen und deren Zukunft. Dabei passieren Fehler und es gibt Fehlentscheidungen – auch solche mit finanziellen Konsequenzen -. Dies auch in Oberhausen, wie in jeder anderen Stadt.

Mit zunehmendem Finanzdruck wurde und wird bereits seit vielen Jahren in Oberhausen alles was finanzielle Konsequenzen hat, besonders verantwortungsvoll abgewogen.

Von daher sollte endlich Schluss sein mit unqualifizierten, vordergründigen Vorwürfen nach dem Motto „in Oberhausen wird mit dem Geld nur so um sich geworfen“.

Ich rufe nochmals in Erinnerung, welche Haushaltskonsolidierungsschritte in Oberhausen vorgenommen wurden. Hier seien beispielhaft genannt:

- Einsparung von über 1.000 Stellen**
- Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 490 v. H.**
- Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes auf 530 v. H.**
- Erhöhung der Hundesteuer**
- Reduzierung der Bäder von 7 auf 3**
- Abschaffung des Bücherbuses**
- Schließung des Musiktheaters im Jahre 1993**
- Übertragung von Sportanlagen auf Vereine**
- Infrastrukturanpassungen im Rahmen der demographischen Entwicklung u.a. bei Schulen und Sportstätten**
- Einführung von PPP-Modellen**

- **Einsparung in den Bereichen der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH z. B. bei Grün- und Gebäudediensten, ansteigend bis zum Jahr 2010 auf 9 Mio. EUR pro Jahr**
- **Abschaffung von Dienstwagen für Beigeordnete bereits in den 90er-Jahren**

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist in diesem Zusammenhang spannend nachzulesen, was z. B. die Bertelsmann-Stiftung in ihrer vor wenigen Tagen vorgelegten Studie, aber auch viele andere wissenschaftlich arbeitende Fachleute zum Thema „Selbstverschulden der Städte in Finanznöten“ schreiben.

Die Ausführungen über sogenannte exogene und endogene Faktoren, die zur kommunalen Finanzkrise geführt haben, sind hochinteressant und sollten endlich die Mär von der überwiegend hausgemachten Finanzmisere vieler Kommunen beenden.

Haushalt 2010

Wie schon so oft in den letzten Jahren brachten wieder einmal nicht selbst verursachte Ereignisse alle Planungen, die in 2009 solide und auf der Basis von Orientierungsdaten des Landes aufgestellt wurden, aus der Bahn.

Allerdings so aus der Bahn, dass man die Einbrüche nicht mit denen vergangener Jahre vergleichen kann.

Wirtschaftskrise, ein nie dagewesener Rückgang beim Bruttoinlandsprodukt um 5 % (seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich vereinzelt Rückgänge von unter 1 %), Wegbrechen der Steuereinnahmen auf allen Ebenen, steigende Sozialausgaben und oben drauf Steuerentlastungen des Bundes, die mit jeder Milliarde eine Stadt wie Oberhausen mit ca. 400.000 EUR treffen, konkretisierten bisherige Planungen.

2009 planten wir für 2010 ein Jahresergebnis in der Ergebnisplanung von minus 105,9 Mio. EUR. Der Haushaltsentwurf 2010 sah den entsprechenden Betrag mit minus 193,2 Mio. EUR vor. Diesen Betrag konnten wir durch die Veränderungsnachweisungen 1 – 4 auf minus 181 Mio. EUR drücken. Damit liegen wir mit 75,1 Mio. EUR über der Ergebnisplanung aus dem Jahre 2009 für 2010.

Die Einbrüche in 2010 gegenüber der Planung aus 2009

- bei der Gewerbesteuer 28,6 Mio. EUR,**
- den Anteilen an der Einkommenssteuer 16,7 Mio. EUR,**

- und
- den Schlüsselzuweisungen 28,6 Mio. EUR
- sowie
- den Mehrausgaben im Bereich Soziales und Jugend 8,8 Mio. EUR

summieren sich auf 82,7 Mio. EUR.

Das heißt, 7,6 Mio. EUR konnten wir im Vergleich dieser beiden Zahlen noch als Verbesserung erbringen.

Die Finanzplanung/konsumtiv in der mittelfristigen Finanzplanung mit minus 76,5 angesetzt, musste im Haushaltsentwurf 2010 auf minus 161,1 Mio. EUR erhöht und konnte durch die Veränderungsnachweisungen 1 – 4 um 8,9 Mio. EUR auf minus 152,2 Mio. EUR verbessert werden.

Zusammengefasst ein Bewegen am Abgrund, mit der absoluten Notwendigkeit der Neuordnung kommunaler Finanzen plus Hilfe bei den Altbelastungen, aber auch verbunden mit der ständigen kritischen Eigenüberprüfung finanziellen Handelns.

Abschluss

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auf die Bankenkrise, auf Gier und Verantwortungslosigkeit bin ich oftmals eingegangen.

Hier nur ein Hinweis zur Wachsamkeit: Sie wetten bereits wieder, diesmal auf den Bankrott ganzer Staaten wie Griechenland heute und morgen Italien, Portugal, Spanien und Irland und übermorgen vielleicht auf das Abdriften weiterer EU-Staaten.

Es bedarf richtungsweisender nationaler und internationaler Beschlüsse zur Eindämmung dieser Gefahren.

Dennoch darf bei der sogenannten großen Politik nicht vergessen werden, Kommunen als systemrelevant einzuordnen, zu sichern und sie auf gesunde finanzielle Füße zu stellen. Unseren kommunalen Teil wollen wir selbstverständlich, soweit möglich und verantwortbar, gern dazu beitragen.

Ich danke an dieser Stelle vielen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie und mich verlässlich in schwierigen Zeiten vielfältig begleitet und unterstützt haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!

- Es gilt das gesprochene Wort -